

Kürzung bei den Schwächsten

Am 18.3. sind über 2.000 Menschen gegen die von der oberösterreichischen Landesregierung geplante Kürzung von rund 25 Millionen bei der Behindertenbetreuung auf die Straße gegangen. Was sind die nächsten Schritte? Auch unter ArbeitnehmerInnen mit Behinderung formiert sich Protest gegen Hungerlöhne und Sklavenarbeit. Es bilden sich Werkstättenräte.

Seite 2

Bergarbeiterstreik schockt Polen

Zu Beginn des Jahres 2015 wurde Polen von zwei BergarbeiterInnenstreiks erschüttert, die das Potential hatten, sich auf andere Sektoren auszuweiten. Trotz des Kampfwillens der Streikenden stimmte die Gewerkschaftsspitze einem faulen Deal zu, der den Weg für neue Angriffe ebnet. Der Kampf um die Jobs in den Minen ist aber noch nicht vorbei.

Seite 12

Schwerpunkt

In Europa hat sich der Wind gedreht. Die Kürzungspolitik der letzten Periode wird zunehmend kritisch gesehen. Aber gibt es wirklich einen Kurswechsel?

Seiten 7-10



VORWÄRTS

SLP
Sozialistische LinksPartei

Normalpreis €1,-
Solipreis €2,-

Die Sozialistische Zeitung seit 1983

Nr. 237 | 04.15

Kürzungspolitik macht krank!

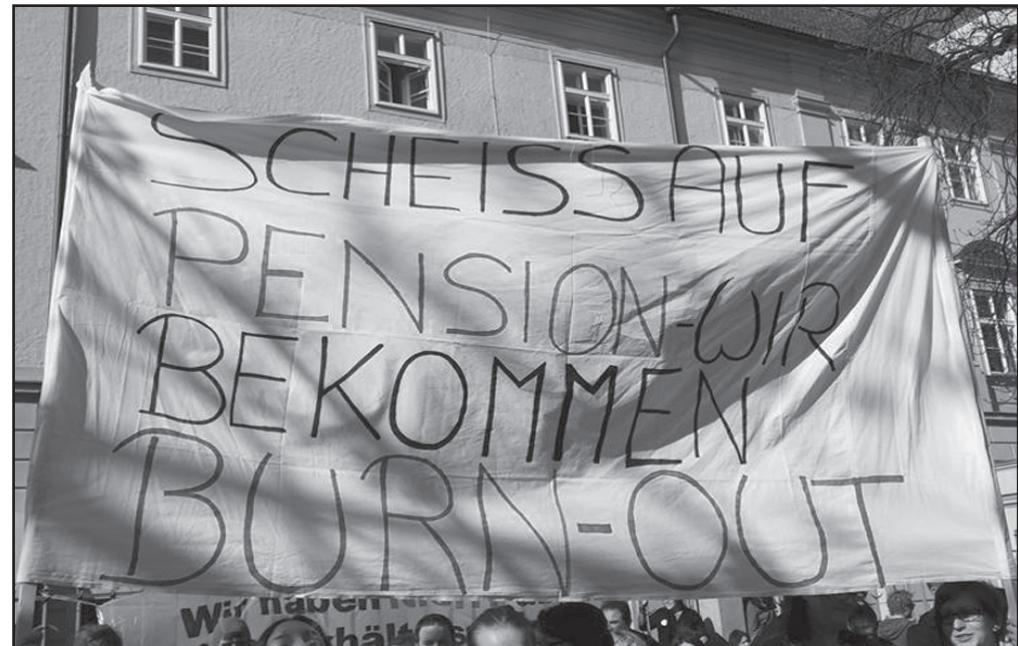
Seit Jahren gibt es Einsparungen im Gesundheitsbereich. Vor dem Hintergrund der Krise steigern sich die Angriffe auf Beschäftigte und PatientInnen. Firmenschließungen und Arbeitslosigkeit nehmen zu und das heißt weniger Einnahmen bei Steuern und Sozialversicherung. Dazu kommen jetzt auch noch die Milliarden für die Gegenfinanzierung der Steuerreform.

Bundesregierung, Bundesländer und Krankenkassen wollen weiter Leistungen kürzen. Die Pläne: Kleine Spitäler oder Abteilungen sollen

steigen aber die gesundheitspolitischen Anforderungen - durch Bevölkerungswachstum, steigenden Arbeitsdruck und da Menschen älter werden.

Pflege wird immer mehr in den privaten Bereich ausgelagert, wo v.a. Frauen unbezahlte Betreuungsarbeit leisten. Die Beschäftigten arbeiten unter wachsendem Druck. Burn Out ist die Folge.

Nun ist in einigen Bereichen eine Arbeitszeitverkürzung geplant - was gut wäre, wenn sie nicht massive Einkom-



Kürzungen & Krise verschärfen die Situation im Gesundheitsbereich. Die Gewerkschaft muss endlich handeln!

geschlossen und Betten und Spitalsaufenthalte reduziert werden. Leistungen für Kranke und Zuschüsse (etwa für Heilbehelfe) werden zurückgenommen. Gleichzeitig

mens- und Qualitätsverluste bedeuten würde. Die Proteste der ÄrztInnen sind ein Ventil für viele KollegInnen - insbesondere in der Pflege - die Wut der letzten Jah-

re heraus zu lassen. Demonstrationen in Linz und Wien, Betriebsversammlungen in Salzburg - das ist erst der Anfang. Ein Skandal, dass die Gewerkschaften diesen Widerstand kaum unterstützen! Wo bleibt etwa die Kampagne des ÖGB zur Unterstützung der Salzburger KollegInnen von „carevolution“? Der Gesundheitsbereich leidet unter der Aufsplitterung. Die vier Gewerk-

schaften GdG (Gemeinden), GÖD (Bundesländer und Bund), GPA-Djp und VIDA (privater Bereich) müssen, gemeinsam mit den Beschäftigten, die Angriffe abwehren und Verbesserungen erkämpfen. Öffentliche Betriebsversammlungen und ein bundesweiter Aktionstag wären erste wichtige Schritte. Aktionen bis hin zu Streiks sind notwendig, um die Angriffe auf das Gesund-

heitswesen abzuwehren.

Michael Gehmacher,
Behindertenbetreuer

Die SLP fordert:

- 30% mehr Gehalt für alle die in Pflege, Betreuung und Gesundheitssystem arbeiten.
- Statt für Banken - 10 Milliarden für den Ausbau des Gesundheitssystems, mehr Personal, Arbeitszeitverkürzung und menschenwürdige Gehälter

Der Standpunkt



von Sonja Grusch Der ÖGB sammelt 900.000 Unterschriften. Er macht klar: Wir sind nicht bereit, für eine Krise zu zahlen, die wir nicht verursacht haben. In einer Kampagne werden die UnterzeichnerInnen – und noch mehr – zu AktivistInnen. Bei Regionaltreffen werden Informationen ausgetauscht und Aktionen geplant. Delegierte werden gewählt die bei bundesweiten Treffen die zentralen Forderungen diskutieren und beschließen. Klar ist: ein fauler Kompromiss wird nicht akzeptiert. Darum wird mit konkreten Aktivitäten gestartet, die zeigen, wie ernst es der Gewerkschaft ist. Die Regionalgruppen führen Aktionen vor Ort

So hätte die Steuerreform auch aussehen können

durch. In Betriebsversammlungen werden Kampfmaßnahmen vorbereitet. Der ÖGB führt eine bundesweite Massendemonstration durch und kündigt einen eintägigen Generalstreik an. Als dieser nicht reicht, folgt ein zweitägiger. Österreich steht flächendeckend still, die Regierung muss nachgeben, die KapitalistInnen zittern, weil ihnen klar ist, dass die Beschäftigten bereit sind zu kämpfen. Flugs wird eine Steuerreform beschlossen, bei der untere Einkommen massiv entlastet und Massensteuern abgeschafft werden. Stattdessen werden Reiche und Großunternehmen zur Kasse gebeten und es gibt ein umfangreiche öffentliche Investitionen in Gesundheit, Bildung, Wohnen und Umwelt. Banken werden verstaatlicht, um Kapitalflucht zu verhindern. Firmen die abziehen wollen, werden enteignet und demokratisch von den Beschäftigten weiter geführt. Ein Stein ist ins Rollen gekommen, die ArbeiterInnenklasse wird wieder zur Bewegung und fordert mehr. Der Kapitalismus wird in Frage gestellt...

So hätte es auch aussehen können. Doch stattdessen wurde es eine „Reform“, die höhere Einkommen stärker entlastet und Vermögende weitgehend ungeschoren lässt. Und da die Gegenfinanzierung Fantasie ist, wird bald das nächste Sparpaket kommen. Da wäre dann eine Kampagne dringend nötig...

Impressum:
Eigentümer, Herausgeber Verleger & Redaktion: Sozialistische LinksPartei (SLP),
Pappenheimgasse 2/1, 1200 Wien. | Druck: digiDruck.at, 1100 Wien,
Herstellungs- und Verlagsort: Wien, | DVR: 08202021 | Zulassungs-Nr.: 327808W97U
Abo-Zahlungen & Spenden: PSK (BLZ 60 000) Kto-Nr. 8812.733

Profite mit Entrechtung und Gratisarbeit

2002-8 ist die Zahl von Menschen mit besonderen Bedürfnissen in „Werkstätten“ um 29,9% gestiegen. Immer mehr Menschen werden als rechtlose Billigarbeitskräfte benutzt. Mitreden dürfen sie kaum. Werkstättenräte gibt es nur sporadisch. Und die werden nur bei 20% aller Einrichtungs träger in Entscheidungen auf Organisationsebene einbezogen. Die Arbeiten den bekommen bestenfalls ein „Taschengeld“ und ha-

ben auch sonst keine (Arbeits-)rechte, insbesondere erwerben sie keine Pensionszeiten. Ihre Arbeit zählt als „Betreuung“, also als wertlos. Unternehmen, die Aufträge an Werkstätten erteilen, profitieren und kaufen die Arbeit zu Billigpreisen. Dann heften sie sich „Corporate Social Responsibility“ an die KapitalistInnenbrust. Derlei wird von der Gewerkschaft unwidersprochen hingenommen – zum Magendumdrehen.



Schwarz-Grün schlägt wieder zu

In **Oberösterreich** kommt nun nach der Spitalsreform (weniger Betten, längere Anfahrtswege bei Notfällen) und Personalkür-

albereich die kollektivvertraglichen Lohnerhöhungen nicht mehr abgegolten hat. Einsparungen beim Personal bedeuten Mehrbe-

OÖ-Landesregierung will bis zu 500 Jobs im Behinderten- und Sozialbereich wegsparen.

zungen im Psychosozialbereich der nächste Schlag gegen die Schwächsten im System. Rund 25 Millionen wollen ÖVP und Grüne mit SPÖ-Unterstützung in der Behindertenbetreuung, der psychiatrischen Vor- und Nachsorge und der Wohnungslosenhilfe einsparen. Gespart wird in diesem Bereich schon länger, da das Land OÖ seit 2011 den Trägerorganisationen im Sozi-

lastungen für die Beschäftigten (vor allem Frauen) und weniger Pflegeplätze und Betreuungsangebote. Sie bedeuten die Streichung wichtiger Therapien oder Urlaub für behinderte Menschen und deren pflegende Familienangehörige. Wieder einmal sollen die Schwächsten für die Krise des kapitalistischen Systems bezahlen, die sie nicht verursacht haben.

Über 2.000 Menschen folgten dem Aufruf des ÖGB am 18. März zur Demo gegen die Kürzungen in Linz. Ein betroffener Angestellter und ehemaliger Betriebsrat brachte die Stimmung auf den Punkt: „Es gibt keinen Verhandlungsspielraum mehr. Sie haben alles weggespart“.

Er stellte klar, dass die Einsparungen nur dann abgewehrt werden können, wenn Beschäftigte, KlientInnen, Angehörigen und SympatisantInnen gemeinsam dagegen kämpfen. Denn die Einsparungen im Gesundheitssystem gehen uns alle an und weitere werden folgen. Einen faulen Kompromiss können wir uns nicht mehr leisten.

Lisa Wawra

Wir werden selbst aktiv



Nach jahrelangem Kampf ist es endlich soweit. Beim ÖHTB wird am 25.3. ein Werkstättenrat gewählt. SLP-Aktivist Patrick Pinner hat die Initiative dafür ergriffen und kandidiert für die Werkstättenvertretung Aichholzgasse. Er fordert u.a. das Ende der Entrechtung durch Einführung von Kollektivvertrag, Mindestlohn, Anrechnung für die Pension und eine zusätzliche Urlaubswoche. Patrick kämpft auch dafür, dass der Werkstätten-

rat den Betrieb der Werkstätte bestimmt und kein pseudo-demokratisches Feigenblatt wird. Die Gewerkschaft fordert er auf, endlich aufzuwachen und Menschen mit besonderen Bedürfnissen im Kampf gegen rechtlose Gratisarbeit in Werkstätten zu organisieren. Für Patrick ist klar: Auch BetreuerInnen leiden unter Niedriglöhnen und dieser Kampf muss solidarisch mit ihnen gemeinsam geführt werden.



Hypo: Wir sollen weiter zahlen!

Immer wieder Hypo. Seit neun Jahren begleitet uns der größte Finanzskandal seit 1945. Seit neun Jahren kommen und gehen

vollmundig, dass der Staat nicht mehr zahlen wird. Doch wer wird zahlen? Unter den Gläubigern der einstigen

Die Heta-Abwicklung verlagert das Problem nur von der Bundes- auf die Landesebene.

FinanzministerInnen, erleben wir Bad-Bank (Heta) und Insolvenzvorschläge, bekommen erläutert, weshalb es unumgänglich ist, dass wir, die SteuerzahlerInnen, für einen Schuldenberg bezahlen sollen, den wir nicht verursacht haben. Nun scheint alles anders. Wirklich?

Finanzminister Schelling (ÖVP) verkündet

Kärntner Landesbank sind viele internationale Versicherungen, Finanzinstitute und Fonds. Die Papiere der Hypo, meist im mehrstelligen Millionenbetrag, sollen nun das sein, was sie schon länger waren: wertlos. Was hat sich also geändert? Ist der ÖVP unter Mitterlehner auf einmal das Wohlergehen der arbeitenden Massen ans Herz gewachsen?

Mitnichten! Das Problem wurde v.a. von der Bundes- auf die Landesebene verschoben. Die Landes-Hypos bzw. die Bundesländer haften nun. Schelling hat einfach andere FreundInnen als seine VorgängerInnen und will den Bund raus halten. Doch es werden weiter Milliarden an öffentlichen Geldern in die Taschen von Banken und Versicherungen fließen.

Dass die Länder Ihren Anteil zahlen sollen, lässt nur einen Schluss zu: wir sollen weiter bezahlen. Wieder einmal trifft es nicht jene, die von der Hypokrise profitierten: Konzerne, die fleißig Hypo-Anteile kauften, in dem Wissen, dass Staat bzw. Länder die Verluste überneh-

men. KleinsparerInnen in Osteuropa und die Beschäftigten aber schauen durch die Finger!

Zahlen sollen endlich die SpekulantInnen, die Finanzhaie und ZockerInnen! Dazu braucht es v.a. die Offenlegung der Bücher, um zu sehen, wer sich an den Hypo/Heta-Anleihen mit Staats/Länder-Haftung bereichert. Zahlungsstopp an die SpekulantInnen und Rückholung dieses gestohlenen Geldes: es gehört den kleinen SpäherInnen, den Beschäftigten und der öffentlichen Hand für Soziales, Bildung und Gesundheit. Weg mit dem Bankgeheimnis, her mit dem Zaster!

Moritz Erkl

Menschen mit Behinderung sind ArbeiterInnen

Rund 9% der Bevölkerung gelten im engeren Sinn als behindert, 5,2% im erwerbsfähigen Alter. Eine geistige Behinderung bzw. Lernprobleme haben ca. 1% der Bevölkerung, eine Sprachproblematik tritt bei 0,8% auf. 50.000 Menschen haben einen Rollstuhl; 3,9% haben Sehbeeinträchtigungen (die trotz Sehhilfe nicht korrigiert werden können) und 2,5% eine Hörbeeinträchtigung. Viele wollen und können arbeiten.

Rund 19.000 Menschen arbeiten in Werkstätten. 2013 gab es am „Ersten“ Arbeitsmarkt 105.000 Pflichtstellen, 37.000 blieben unbesetzt. Das neue Behinderteneinstellungsgebot trat am 1.1.2011 in Kraft. Der Kündigungsschutz wurde aufgeweicht – das sollte laut Regierung Jobs bringen. Dazu die Arbeitslosenquote von Menschen mit Beeinträchtigung: 2010 auf hohen 37,4%, aber 2013 auf weit höheren 48,8%!

Wer als behinderter Mensch in einer Werkstatt arbeitet, gilt nicht als angestellt, ist nicht arbeitslosen- oder pensionsversichert. Bezahlt wird nur ein Taschengeld, je nach Bundesland und Träger, zwischen 50-150 Euro/Monat. Unternehmen jeder Größe lassen in Behindertenwerkstätten produzieren (z.B. Bosch, Zotter, Ricoh), verdienen dabei natürlich und gelten auch noch als „corporate social responsible“.

Die Armutgefährdung von Menschen mit Behinderung liegt bei 20% (und damit fast doppelt so hoch wie in der „Normalbevölkerung“), manifest arm sind 11%. Auch Familien, in denen Menschen mit Behinderung leben, sind überdurchschnittlich armutsgefährdet. Grund dafür ist u.a. das niedrige Pflegegeld, das jahrelang nicht erhöht wurde und wohin nun der Zugang weiter erschwert wird.

Der rechte Rand

Das „Ehrenzeichen für Verdienste um die oberösterreichische Jugend“ für den Linzer FPÖ-Sicherheits-Stadtrat Detlef Wimmer. Seine „Verdienste“: Wimmer ist als Sicherheitsstadtrat für die 2010 gegründete Stadtwache in Linz verantwortlich. Im Wach-Pausenraum hing ein Hitler-Spruch: „Flink wie ein Windhund, hart wie Kruppstahl und zäh wie Leder – dass (sic!) ist ein Deutscher Junge“. Dessen Vorstellung von richtigen Jugendlichen? Wer nicht in dieses Bild passt wird jedenfalls schikaniert und möglichst von öffentlichen Plätzen vertrieben. Aber Wimmers widerlicher „Einsatz für die „Jugend“ hört hier nicht auf. In der Burghschaft „Arminia Czernowitz“, wo Wimmer ein „alter Herr“ ist, pflegt man die gleichen Traditionen wie bei der Stadtwache. Enge Kontakte zur NPD und zum neofaschistischen „Bund freier Jugend“ zeugen davon. Entsprechend störte sich Wimmer auch nicht daran, dass Mitglieder der FP-Jugend RFJ an NPD-Demos in Deutschland teilnahmen. Das widerspricht ja nicht der FP-„Ausrichtung“, anders als z.B. die Love Parade, die Wimmer zu homosexuell war. Wimmers politische Einstellungen waren sogar dem Bundesheer zu pikant: Des Leutnants Gesinnung sei eine „Gefahr für die militärische Sicherheit“, so ein BH-Dokument laut „News“.

Eine reale Gefahr ist er auch für die Zukunft von Jugendlichen: Wenn er z.B. Seite an Seite mit der SPÖ Kürzungen in der Verwaltung in Höhe von 10 Millionen Euro beschließt, wird das v.a. in Form von Stellenabbau und damit durch weniger Neuanstellungen passieren.

Tilman M. Ruster

Freitag, der 13. März war wahrlich ein Unglückstag für Nordirland - zumindest für die Regierung. Für die nordirische Arbeiterschaft, besonders die Beschäftigten im öffentlichen Dienst, war er ein voller Erfolg! Ein 24 stündiger Generalstreik von Zehntausenden, darunter PflegerInnen, LehrerInnen, Feuerwehrleute, StraßenarbeiterInnen und Transportbeschäftigte, legte das Land lahm. Es gab Demos und Kundgebungen. Der landesweite Arbeitskampf, initiiert von Gewerkschaften wie UNISON, Unite und INTO, richtete sich gegen die Maßnahmen der Regierung: Einsparungen, Lohndruck, Arbeits-

Frisch gekämpft, ist halb gewonnen!

platzvernichtung und Privatisierungen. Diese Schritte treffen Nordirland besonders hart, da die Arbeit aus dem Öffentlichen Dienst ganze 70 % der Wirtschaftsleistung ausmachen. Rund 20.000 Jobs sind durch die Sparpolitik in Gefahr.

Die geplanten Kürzungen betreffen KatholikInnen und ProtestantInnen gleichermaßen, was beide Hand in Hand auf die Straße trieb und der Spaltung entgegenwirkte. Das zeigt vor allem auch, dass die Menschen sich nicht mehr täuschen lassen und bereit sind, jegliche Angriffe von Regierung und Unternehmen zurückzuschlagen. Die Mitglieder der Socialist Party riefen andere Gewerkschaften dazu auf sich bei kommenden Protesten stärker zu beteiligen. In diesem Land ist der Riese längst erwacht und zeigt seine Macht. Auch bei uns gibt es solche Kürzungen - es wird Zeit, dass unsere öffentlich Bediensteten uvm. es den KollegInnen in Irland gleich tun!

Simon Stockhamer

Geheimer Lohnraub

Zuerst war noch große Empörung. Die Gewerkschaft Öffentlicher Dienst (GÖD) fasste am 19.2. eine Resolution. GÖD-Vorsitzender Neugebauer nahm sogar das Wort „Streik“ in den Mund. Anlass war die vom Europäischen Gerichtshof wiederholt festgestellte Altersdiskriminierung wegen Nicht-Anrechnung von Arbeit und Ausbildung unter 18 Jahren im Besoldungssystem. Das nutzt die Regierung, um in einer Nacht- und Nebel-Ak-

im Dienst stehende KollegInnen zu argumentieren, die Künftigen kommen in ihrer Argumentation nicht vor. Das treibt weitere Spaltung in die Belegschaft, die damit leichter gegeneinander ausgespielt werden kann. Die Frage, warum nicht einfach die diskriminierenden Bestimmungen beseitigt wurden, wird nicht gestellt.

Die Reaktion von KollegInnen zeigt alle Facetten: Es gibt alles von Wut über Verunsicherung bis

Regierung beschließt massive Einkommenseinbußen auch für NiedrigverdienerInnen: die Gewerkschaft tut - nichts.

tion das Besoldungs- (dh Entlohnungs-)system alter Bundesbediensteten umzubauen. Gelöst wird das Diskriminierungsproblem, indem einfach alle schlechter gestellt werden. Massive Einkommensverluste sind die Folge.

Die Gewerkschaft hofft auf Verhandlungen. Und beschränkt sich darauf, gegen Nachteile für bereits

Resignation. Nach zwei Nulllohnrunden kommt nun die nächste Kürzung. Die GÖD hat keine Strategie, was sie tut, wenn die Regierung kein „offenes Ohr“ hat. Das wahre Ausmaß der Kürzung im Öffentlichen Dienst durch diese Besoldungsreform wird ignoriert.

Darum müssen wir uns an der Basis selbst orga-



nisieren - wir verlangen von der GÖD einen bundesweiten Aktionsstag des gesamten Öffentlichen Dienstes mit einer gemeinsamen, großen Demonstration als ersten Schritt, um diesen Angriff auf alte und neue KollegInnen nicht nur ein bisschen abzumildern (wobei ja sogar das fraglich ist), sondern gemeinsam mit

vorherigen Verschlechterungen vollständig zu kippen. Denn wir sind KrankenpflegerInnen, Müllleute, Sekretariatskräfte, LehrerInnen, KulturvermittlerInnen, Reinigungskräfte - und wir können uns diese neue Kürzung einfach nicht leisten!

EinE BeschäftigteR im Öffentlichen Dienst

Von Leiharbeit und „Überlassenen“



In jedem größeren Betrieb zeigt sich auch innerhalb der Belegschaft ein soziales Gefälle. Dieses kann, neben dem Einkommen, auch schwer messbare Dinge, wie Anerkennung und Wertschätzung, beinhalten. Dieses Gefälle, das von Unternehmensseite oft als Mittel zur Aufsplittung der Belegschaft aufrechterhalten wird, stellt eine besondere Herausforderung für BetriebsräteInnen dar. Neben unterschiedlichen Verträgen kann es

aufgrund von Werkverträgen mit Fremdfirmen sogar Beschäftigte geben, die seit Jahren im Betrieb arbeiten, dort jedoch nicht als „echte“ KollegInnen zählen. Doch nicht in jedem Fall muss man sich damit abfinden. Bei so manchen Werkverträgen kann tatsächlich „Arbeitskräfte-Überlassung“ vorliegen. Dies bringt für die Beschäftigten meist konkrete Verbesserungen! Eine Überprüfung durch ExpertInnen von AK und Gewerkschaften und in

Folge eine Angleichung ist für die gesamte Belegschaft von Vorteil. Dadurch wird letztendlich dem durch das System Leiharbeit verursachten Lohndruck und einer Spaltung entgegengewirkt. Eine solche Solidarität ist notwendig, um gemeinsam für ordentliche Anstellungen und Gehälter eintreten zu können.

Franz Neuhold

(Betriebsrat im TMW*)

*Nennung der Position dient zur Kenntlichmachung der Person

Frauen: Wir können mehr als Kaffee kochen!

Der 8. März ist der internationale Frauenkampftag - deshalb waren wir in ganz Österreich auf der Straße. Warum ist es ein Kampftag? Weil die Realität auch 2015 so aussieht, dass Frauen als kostenlose Arbeitskräfte eingesetzt werden und sich der Staat Milliarden spart, indem er nicht mehr Geld für Bildung und Soziales rausrückt, sondern dort sogar spart. Hausarbeit, Angehörigenpflege und Kinderbetreuung wird auf Frauen abgewälzt.

Deshalb haben wir am 6.3. in Gmunden eine Kundgebung abgehalten, bei der SLP-Aktivist Simon Stockhamer in seiner Rede betonte, dass „die Forderungen mancher FPÖlerInnen, Frauenhäuser zu schließen, Schritt für Schritt von der Regierung durch diverse Kürzungen umgesetzt wird.“

In Graz nahmen wir am 7.3. an der Demo zum internationalen Frauenkampftag teil. Wir haben sehr erfolgreich Zeitungen verkauft, Flyer verteilt und Gespräche geführt.

In Wien organisierten wir einen eigenen Demozug zur Frauendemo. Wir sind im 20. Bezirk gestartet und haben v.a. auf die sozialen Probleme hingewiesen, die ja Frauen besonders betreffen.

In Salzburg haben wir 8.3. eine Kundgebung unter dem Motto „Frauenrechte verteidigen, Abtreibungs-

gegnerInnen stoppen, Sozialabbau verhindern und Sexismus bekämpfen“ abgehalten. Immer wieder haben wir betont, wie wichtig es ist, dass wir uns organisieren und uns gegen die noch immer existierende Frauenunterdrückung wehren. Außerdem haben wir darauf hingewiesen, dass die Aktion zum 8. März von „Tschibo und Eduscho“ (bei der sie Frauen 11% Rabatt auf das gesamte Sortiment geben) keine so tolle Aktion ist, sondern vermittelt, dass wir Kaffee kochen gehen sollen. Ganz nach dem Motto „Frauen machen Revolution, nicht Kaffee!“.

Doch wir sind nicht nur zum internationalen Frauenkampftag auf der Straße, sondern kämpfen täglich für unsere Rechte. Ob

es darum geht radikale AbtreibungsgegnerInnen zu

stoppen wenn diese Frauen belästigen und das Recht auf Selbstbestimmung über

den eigenen Körper ab-

sprechen, oder ob wir ge-

gen die Kürzungen im Ge-

sundheits- und Sozialbe-

reich kämpfen. Es ist al-

so offensichtlich, dass wir uns nicht auf einen Tag be-

schränken und den Rest des

Jahres die Füße still halten.

Werde auch du ein akti-

ver Teil des Kampfes ge-

gen Frauenunterdrückung,

Sexismus und Rollenkli-

sches.

Sarah Krenn



Linz gegen Rechts!

Eine Reihe an Einschüchterungsversuchen und körperlicher Gewalt mussten viele AntifaschistInnen in den letzten Monaten über sich er-

rende, sind am Werk. Unterstützung erhalten wir auch von GewerkschafteInnen. Wir halten mehrmals pro Woche Kundgebungen und Flyer-Aktio-

Flyern und durch Spenden spontan unterstützt. Ein älterer Mann meinte: "Endlich tut jemand etwas gegen das unrechte Treiben der Politiker, Fa-

Intensive Kampagne gegen rechte Gewalt in Oberösterreich. Werde aktiv - Jede Hilfe zählt!

gehen lassen. Schlägernazis finden sich auch im Umfeld von PEGIDA und sind um einiges gewaltbereiter als bisher. Da-her haben wir die Kam- pagne „Gemeinsam gegen rechte Gewalt - gemein- sam für Jobs, Bildung und Wohnungen“ gestar- tet. Viele AktivistInnen, darunter SchülerInnen, Lehrlinge aber auch Ar- beiterInnen und Studie-

nen am Taubenmarkt ab. Und wir achten darauf, Lösungen aufzuzeigen, wie einen Mindestlohn, sichere Arbeitsplätze und bessere Bildung. Auch in unseren wöchentli- chen Ortsgruppentreffen diskutieren wir die- se Punkte. Der Zuspruch vieler PassantInnen mo- tiviert für weitere Aktio- nen. Mehrere Passan- tInnen haben uns beim

schisten und letztlich ge- gen dieses System."

Die letzte Zeit wurde in- tensiv genutzt, um die Demonstration am 11.4. in Linz zu organisieren. Diese Demo haben wir gemeinsam mit Interes- sentInnen und Aktivis- tInnen geplant und set- zen sie gemeinsam um.

Dunja Hable

Widerstand gegen Asylgesetze geht weiter!

Innenministerin Mikl-Leitner versuchte im Sommer 2013 mit der Abschiebung von acht Aktivisten und der Kriminalisierung des Protestes durch den Schlepperei-Prozess die Refugee-Bewegung zu zerschlagen. Die Demonstration vom 6. März gegen die geplante Verschärfung des Asylgesetzes zeigt, dass ihr dieses Vorhaben jedoch nicht völlig gelungen ist. AktivistInnen aus dem Umfeld der Bewe- gung sowie Flüchtlinge,

die aufgrund ihrer jetzi- gen Erfahrungen in Öster- reich gegen die Situation protestieren wollen, ini- tierten die Plattform Refugees Welcome!. Als ers- tes Zeichen organisierten sie eine Demonstration in Wien gegen den neuen Ge- setzesentwurf. Die SLP ist als einzige politische Organi- sation von Anfang an dabei und war auch auf der Demo zahlreich und lautstark vertreten. Der Kampf geht weiter!

Maria Hörtner

Termin des Monats



10.5.: Feier in Mauthausen

Anlässlich des 70. Jahrestages der Befreiung des Konzentrationslagers Mauthausen organisiert die SLP wieder einen Bus aus Wien. Im Anschluss an den Einmarsch bei der offiziellen Gedenkfeier laden wir zur Führung mit dem Historiker Dr. Rudolf Kropf, Exper- te für das System der Konzentrationslager im NS-Fa- schismus, ein. (Bei Anreise aus anderen Orten organi- sieren wir auch Gruppen).

10. Mai 2015, Abfahrt 7:00 Uhr, Wien

Anmeldung: till@slp.at, Unkostenbeitrag: 5€/8€



„Vorstadtweiber“ heißt die neueste ORF-Serie, mit der versucht wird, am Erfolg der amerikanischen „Desperate Housewives“ mitzunässchen. Klatsch und Tratsch statt kritischer oder auch nur origineller Formate scheint beim ORF Programm zu sein.

So unangenehm der Titel klingt, scheint auch der Rest der Serie zu sein. Hier werden Intrigen der „Reichen und Schönen“ konstruiert, die mit den Lebensrealitäten der meisten österreichischen Frauen nichts zu tun haben. Die Charaktere sind flach, was aber durch mehr „skandalöse“ Handlungswendungen ausgeglichen werden soll.

Rote Seitenblicke

Während sich in Österreich eine weitere Verschlimmerung der Krise mit allen sozialen Folgen anbahnt, wird im staatlichen Fernsehen auf Ablenkung gesetzt.

Während immer mehr Frauen in Armut abrutschen, wird hier so getan, als wären die wirklich leidgeplagten Teile unserer Gesellschaft Ehepaare in Wiener Nobelbezirken.

Zwischen Eifersucht, skurrilen Dreierkonstellationen sowie Grundstücksspekulation und den wirklichen Sorgen vieler Menschen in diesem Land liegen Welten. 13% der österreichischen Frauen sind von Armut betroffen, gleichzeitig wird etwa bei Frauenhäusern gekürzt. So wird Frauen ohne das nötige Kleingeld die Möglichkeit genommen, einer gewalttätigen Beziehung zu entfliehen. Wie zynisch, dass der ORF ausgerechnet eine Serie über Sorgen und Problemchen Döblinger VillenbesitzerInnen produziert – und die restlichen Medien sich seitenslang damit beschäftigen.

Berenike Spilka



Israel/Palästina: Rap als Rebellion

Ganz generell – Warum rappst du?

Das war zu Beginn noch gar nichts Politisches. Rap ist in erster Linie ein gutes Ventil, um Emotionen,

Sind alle deine Texte jetzt politisch?

Ich würde sagen 95%. Als politisierte Person ist es auch logisch, dass ich mit meinen Texten eben

die SLP am 18.3. organisiert hat: Da gabs Diskussion und gute Musik auf deutsch, hebräisch, arabisch, französisch und türkisch – und gute Inhal-

gebunden, haben dort unser Programm hineingetragen und sind auf viel positiven Widerhall gestoßen. Auch in der Gewerkschaft „Macht den ArbeiterInnen“, die von uns mitgegründet wurde, und im Histadrut (Dachverband der Gewerkschaften in Israel, Anm.) sind wir sehr aktiv. Wir sprechen die Okkupation sehr offen an und kämpfen dagegen. Wenn man mit den Menschen spricht, muss man ihnen direkt in die Augen schauen, die Wahrheit sagen und sie mit den richtigen Fragen und dem richtigen, sozialistischen Programm konfrontieren. Dann ist sehr viel möglich, auch wenn man noch eine kleine Gruppierung ist.

*Schwesterorganisation der SLP in Israel/Palästina

Omer alias MC RiffRaff, Rapper und Aktivist von Maavak Socialisti* im Interview.

usw. nach außen zu tragen. Als ich politisch aktiv wurde, wurden auch meine Texte davon beeinflusst. Politischer Rap ist nach dem Arabischen Frühling in der ganzen Region explodiert. Außerdem darf man als Israeli nirgendwo in die umliegenden Länder reisen, da ist Rap für mich wie ein Medium, um mit den anderen kommunizieren zu können.

diese Meinung wieder-
gebe. Wenn ich von einer Aktion nach Hause komme und wütend bin oder erfreut, weil es gut gegangen ist, dann will ich das auch in meinen Texten wiedergeben. Außerdem ist es schön, dass Musik ein Bindemittel sein kann, um Events zu gestalten und Leute zu gewinnen. Zum Beispiel hier in Österreich, Beats of Solidarity, das Konzert das

te. Es müssen nicht immer schwere Themen und komplexe Diskussionen sein. Manchmal kann man Leute besser gewinnen, indem man diskutiert, Musik macht und Solidarität organisiert.

Wie ist die Situation in Israel/Palästina für dich und Maavak Socialisti?

Wir sind vor allem im Streik der südisraelischen ChemiearbeiterInnen ein-

Marathon laufen für die Kameras

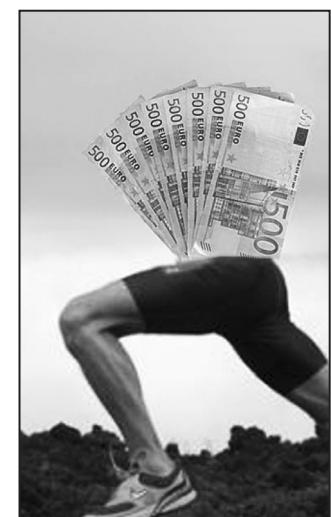
„Wir sind Europa“ ist das diesjährige Motto des Vienna City Marathons VCM, welches Bundespräsident Fischer unterstützt und mit medialem Getöse präsentiert. Wiedereinmal eine Möglichkeit für PolitikerInnen sich bei einer bedeutenden Sportveranstaltung zu zeigen, sich darzustellen. Besonders der Wienmarathon ist dafür ein beliebtes Event. So wurde 2014 der VCM regelrecht zur Wahlkampfarena für die EU-

Wahlen. Diverse PolitikerInnen wie Karas (ÖVP), Hakel (SPÖ) oder Pirkelhuber (Grüne) liefen mit, um sich als fit zu präsentieren, quasi um zu sagen: „Seht her! Ich funktioniere, also wählt mich!“

Ist das Ganze nur eine Show für Promis und PolitikerInnen, um sich als außergewöhnlich sportlich darzustellen? Vermutlich nicht, aber ein Event für die „kleinen Leute“ ist der VCM sicher auch nicht. Für die

1,2 Millionen Menschen in Österreich, die an der Armutsgrenze leben, ist das Startgeld von bis zu 160 Euro nicht leistbar. Denn der VCM ist auch ein Geschäft: die Öffentlichkeit zahlt den Polizeieinsatz und auch Förderungen. Der Tourismus, die Sportartikelbranche und nicht zuletzt der Veranstalter „Enterprise Sport Promotion GmbH“ unter der Führung von Wolfgang Konrad profitieren

Simon Salzmann



VORWÄRTSSCHWERPUNKT



Sozial gerechter mit SPÖ & Co?

Die Hoffnung stirbt ja bekanntlich zuletzt. So existiert bei manchen die Hoffnung, dass eine Stärkung sozialdemokratischer Parteien eine Abkehr von Sparpolitik und Sozialkahlschlag bedeuten könnte.

Ein solcher hoffnungsfroher Mensch ist Griechenlands Finanzminister Varoufakis. Zumindest war er das in den ersten Tagen seiner Amtszeit, als er

Partei Miliband. Letzterer konnte sich nur ein Statement abringen, dass die Wahlentscheidung der GriechInnen zu respektieren sei.

Etwas anderes kann er auch nicht sagen. Genau wie die Regierenden Konservativen und liberaldemokratischen Parteien ist die Labour-Partei von Kopf bis Fuß auf Sparen eingestellt. Das Nulldefizit ist im Wahlprogramm, die

WirtschaftswissenschaftlerInnen ans Tageslicht, die mehr oder weniger verzagt Investitionsprogramme zur Steigerung der Kaufkraft fordern.

Das wird von europäischen Gewerkschaften aufgegriffen, die unter dieser Forderung Solidaritätsunterschriften für die neue griechischen Regierung sammelten. Unterschriften sind gut, der Aufbau einer europäischen Wi-

Was es gibt, sind innerfamiliale Streitereien über die „richtige“ Taktik im Umgang mit Griechenland und der Wirtschaft insgesamt. Auch Mafiosi liegen manchmal miteinander im Clinch. Die Ursachen des Streits liegen teils in den verschiedenen Ländern. Ein französischer Hollande kann „seinem“ Volk nur schwer erklären, warum die Sparpolitik für Griechenland aufgehoben werden soll, wenn er sie im eigenen Land mit wachsender Brutalität umsetzt.

Man erkennt aber auch Zeichen der Nervosität in der Eurogruppe. So etwa als der holländische sozialdemokratische Vorsitzende der Eurogruppe Dijsselbloem den Bittbrief der griechischen Regierung um Verlängerung der Finanzhilfe zunächst abgesegnet, dann aber von Teilen seiner eigenen Regierung und Schäuble zurückgepfiffen wurde. Oder als der französische Währungskommissar Moscovici glaubte, er hätte ei-

nen auch für die griechische Regierung akzeptablen Kompromissvorschlag ausgearbeitet, der dann aber von Dijsselbloem durch den Druck Schäubles nicht zur Diskussion zugelassen wurde.

Doch das sind keine grundsätzlichen Unterschiede. Die europäische Politik steht fest auf dem Boden einer wirtschaftsfreundlichen Politik. Die Verhandlungen über das neue Freihandelsabkommen mit den USA laufen ungestört weiter.

Die EU bleibt eine eiskalte kapitalistische Maschinerie im Interesse der reichen Länder bzw. der Reichen und Mächtigen in diesen Ländern. Es ist dringend nötig, dieser Maschine Sand ins Getriebe zu streuen und sie letztlich zum Stillstand zu bringen. Die Sozialdemokratie wird uns da nicht helfen. Es braucht Massenbewegungen von unten und sozialistische ArbeiterInnenparteien die ihr Heil nicht im Kapitalismus suchen.

Christian Bunke

Ein sozial gerechtes Europa ist von und mit der europäischen Sozialdemokratie nicht zu erwarten.

u.a. nach Österreich reiste um für Unterstützung einer Neuverhandlung der griechischen Staatsschulden zu werben.

Doch im Allgemeinen zeigte man ihm die kalte Schulter. In Britannien gab es mehr Sympathien für die Not der GriechInnen vom konservativen Finanzminister, als vom Vorsitzenden der Labour-

geplante Entlassung von 20.000 weiteren Beamten und die Privatisierung des Gesundheitswesens auch.

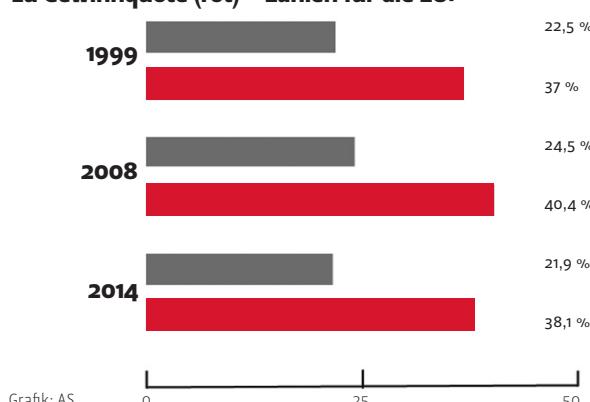
Und doch hat der Wahlsieg von Syriza die Frage nach Alternativen zum Neoliberalismus auf die Tagesordnung gebracht. An diversen europäischen Universitäten wagen sich wieder keynesianische

derstandsbewegung gegen Sozialkahlschlag durch die Gewerkschaften wäre viel besser!

Doch in den sozialdemokratischen Parteien spiegelt sich selbst dieses Engagement nicht wieder, auch wenn manche KommentatorInnen den Beginn einer Spaltung innerhalb der EU geortet haben wollen.

Dem Kapital fehlt's nicht an Geld: Trotzdem sinken die Investitionen

Ungleiches Verhältnis von Investitionsquote (grau) zu Gewinnquote (rot) – Zahlen für die EU:



Zahlen und Fakten:

- Die griechische PASOK trug den neoliberalen Sparkurs der Troika ohne Kritik mit – das Ergebnis: Jugendarbeitslosigkeit von 50%, Absturz der Reallöhne um durchschnittlich 40%, das öffentliche Gesundheitssystem ist zusammengebrochen und 68% der Bevölkerung leben unter der Armutsgrenze.
- Die Holland-Regierung in Frankreich will bis 2017 50 Milliarden Euro sparen – durch Kürzungen bei den Pensionen und Sozialleistungen sowie Stellenabbau bei den Behörden. Gleichzeitig gibt es 425 Millionen für Polizei und Geheimdienst.
- Der Chef der deutschen SPD, Sigmar Gabriel, tritt für die Unterzeichnung von Freihandelsabkommen wie TTIP oder CETA ein, die zu einer Aushebelung von Arbeits- und Umweltschutzrichtlinien führen und Großkonzerne unterstützen würden.
- Die SPD unterstützt neoliberalen Politik schon länger, etwa mit der „Agenda 2010“, einem gemeinsam mit dem damaligen grünen Koalitionspartner geschrüten Sparpaket: Lohnnebenkosten wurden gesenkt, Sozialabgaben der Beschäftigten erhöht, Arbeitslosengeld wird erst ausgezahlt, wenn der/die Arbeitslose seinen/ihren gesamten Besitz verloren hat. Außerdem wurden
- massive Einsparungen bei Kranken- und Pensionsversicherungen vorgenommen, das Pensionsalter erhöht und Leiharbeit gefördert.
- Mit dem Segen ihrer neoliberalen Freunde von der deutschen Regierung führt die sozialdemokratische Regierung Italiens massive Einsparungen durch. Der Kündigungsschutz wurde massiv aufgeweicht und es sollen 85.000 Staatsangestellte wegfallen, 10 Milliarden werden im Gesundheitsbereich gekürzt, auch die Mehrwertsteuer soll erhöht werden.
- In der Regierung beschloss die Irish Labour Party (die nun in Umfragen bei unter 10% liegt) mehrere Sparpakte, die zu Arbeitslosenzahlen von 10–15%, und einem Absacken der Einkommen um bis zu 20% führten. Gespart wurde vor allem im Gesundheits- und Sozialbereich (z.B. Kindergeld). Gegen die Einführung neuer Massensteuern, etwa auf Wasser, demonstrierten Hunderttausende.
- Die niederländische PvdA stimmte Ende 2012 einem Sparpaket in der Höhe von 16 Milliarden € zu. Arbeitslosengeld und Sozialleistungen wurden erheblich gekürzt, gleichzeitig wurde mehr Geld für die Polizei bereitgestellt.

Manuel Schwaiger



Kein Ausweg aus

Deutschland führte mit 1.1.2015 einen Mindestlohn von 8,5 Euro/Stunde ein, der trotz diverser Ausnahmen eine Verbesserung ist. SPÖ-Kanzler Faymann erklärt im „Österreich“-Interview am 27. Jänner: „Wir haben inhaltliche Überschneidungen mit Syriza“.

brach ein, und das Bankensterben konnte auch nicht aufgehalten werden. Die Wirtschaft wurde nicht gerettet, aber viel Verbitterung über „die da oben“ entstand. Protestbewegungen wie Occupy („wir 99% gegen das Reiche 1%“), hatten Massenunterstützung.

Der Fehler aller Krisenstrategien ist, dass nur Symptome und nicht Ursachen der Krise bekämpft werden.

Führende europäische SozialdemokratInnen starten einen neuen Anlauf zur Finanztransaktionssteuer. Die britischen Tories wollen multinationale Konzerne stärker besteuern. Die Europäische Zentralbank wird bis Ende September 2016 im Rahmen des „Quantitative Easing“ (QE) Staatsanleihen um 1,14 Billionen Euro kaufen, um die Wirtschaft anzukurbeln.

Ist die Periode des Neoliberalismus zu Ende? Nein! Egal welche Regierung am Ruder ist, egal ob ein bisschen mehr neoliberal oder ein bisschen mehr Keynes: Wirtschaftsinteressen stehen nach wie vor im Zentrum. Aber was ist dann los in der EU?

Mit der Krise 2007 begann das große Kürzen, um Schulden und damit Zinsen zu senken. So sollten „die Finanzmärkte“ beruhigt, die Staaten besser bewertet (höheres Rating) und die Wirtschaft angekurbelt werden. Das Ergebnis der Rosskur: neue Rekordschulden, der Konsum

Getrieben von dieser Stimmung und der Wirkungslosigkeit ihrer Maßnahmen sollte die Wirtschaft „stimuliert“ werden. Es gab „Verschrottungsprämien“, um die Autoindustrie zu stützen und Bauprojekte wurden vorgezogen. Haken dabei: die Staatsverschuldung stieg weiter, der Konsum wurde trotzdem nicht angekurbelt, die Arbeitslosigkeit stieg und der Lebensstandard sank. Auch dieser Weg führte nicht zum Erfolg.

Die Herrschenden haben in vielen Gipfeltreffen erfolglos versucht, Lösungen zu finden. Weil sie nur Symptome bekämpfen, die Ursache der Krise aber nicht sehen. Es ist eine strukturelle Krise des Kapitalismus, nicht nur das Ergebnis falscher Politik. Was im Kapitalismus immer wieder zu Krisen führt, hält die Weltwirtschaft seit bald zehn Jahren im Wurzgegriff: die im System liegenden Widersprüche. Diese Widersprüche herrschen zwischen „gesellschaftli-

cher Produktion“ (durch die Mehrheit) und „privater Aneignung“ (nur wenige kassieren den Reichtum, der Rest hat nur Geld für das Nötigste – so bleiben Waren unverkauft); und der Widerspruch zwischen dem Wunsch der KapitalistInnen niedrige Löhne zu zahlen, aber doch zahlungskräftige Kundschaft zu haben. Hinzu kommt der Widerspruch, die neueste Technologie einzusetzen, um wettbewerbsfähig zu bleiben, damit Arbeitskräfte abzubauen und genau damit die Profitrate zu drücken (Stichwort „Tendenzieller Fall der Profitrate“). Und dann gibt es noch den Widerspruch zwischen der Planung der Produktion im einzelnen Unternehmen und dem Chaos des Marktes, was zu Über- und Fehlproduktion führt. Diese „Geburtsfehler“ des Kapitalismus führen immer wieder zu Krisen und können durch die verschiedenen Maßnahmen der Herrschenden nicht gelöst werden. Und daher kann auch die Krise auf Dauer nicht überwunden werden.

Deshalb wurschteln sie weiter. In den 1970er Jahren dominierte das Dogma des staatsinterventionistischen Keynsianismus. Sein Versagen führte ab den 1980er Jahren zum Vormarsch des Neoliberalismus. Doch auch dieser hielt die Versprechen nicht. Nun sehen wir eine Mischung aus beiden, die ebenso versagt. Einerseits tritt das Kapital für „weniger Staat“ ein und fordert Privatisierungen und weniger staatliche Kontrollen und Regelungen. Gleichzeitig will es die „Verant-



der Krise in Sicht

wortung des Staates“, wenn es um z.B. Hypos und Hetta geht. Die Schulden sollen gekürzt, die Wirtschaft aber stimuliert werden. Die ratlose Verzweiflung wird immer offensichtlicher.

Sozialdemokratische Parteien geben sich gern sozial, doch letztlich haben sie, stärker als die traditionellen bürgerlichen Parteien, die Rettung der EU und des europäischen Kapitals im Auge. Warum? Weil sie ursprünglich ArbeiterInnenparteien waren.

Nichts wird sozialer, nichts wird gerechter, bestenfalls wird es populistischer!

Als sie zu vollständig bürgerlichen Parteien wurden, wurde ihr Bündnispartner das internationale Kapital (Beispiel SPÖ und Siemens). Das heimische Kapital hat seine Partei v.a. in der ÖVP, teils auch in der FPÖ. Hier war für die SPÖ, als später dazugekommene Vertretung kein Platz mehr. Da ist es nicht verwunderlich, wenn die traditionellen bürgerlichen Parteien, wie CDU oder Tories, Maßnahmen setzen, um dem eigenen nationalen Kapital Vorteile im internationalen Wettbewerb zu verschaffen (wobei sich die Interessen des deutschen Kapitals aufgrund seiner Dominanz häufig mit jenen „der EU“ decken). Die Sozialdemokratie übernimmt stärker die Rolle des „ideellen Gesamtkapitalisten“, setzt auf aus gesamtkapitalistischer Sicht notwendige Maßnahmen. Wenn Maßnah-

men wie die Abschreibung griechischer Schulden oder „Helicopter-Geld“ (wahlloses Geldverteilen) angebracht werden, dann nur deshalb, weil das Kapital zur Zeit einen Zusammenbruch des Euro bzw. die Reduzierung der EU auf ein Kerneuropa als das wirtschaftlich teurere Szenario einschätzt.

Wenn aus den Reihen der Sozialdemokratie soziale Töne kommen, dann spiegelt das keine Rückbesinnung auf

zugeben, als wenn es zu politischen Unruhen kommt. Denn die Optik ist eine schief, wenn die Reichen immer reicher werden doch „das Volk“ den Gürtel enger schnallen soll. Sie versuchen den Druck vom sozialen Kochtopf zu nehmen.

Es weht ein neuer Wind in Europa: doch nicht deshalb, weil die etablierten Parteien einen echten Kurswechsel einschlagen. QE wird den Banken Geld bringen und soll die Exporte ankurbeln. Die Hoffnung, dass die Wirtschaft in Folge wie in den USA wächst (und auch dort bringt das Wachstum für ArbeiterInnen kaum Verbesserungen), ist eine Illusion. Denn die Basis für das US-Wachstum war nicht QE, sondern das Wachstum der BRICS-Staaten, das vorbei ist, sowie die massive Ausbeutung der Umwelt (Fracking). Ein bisschen mehr Keynesianismus oder ein bisschen mehr Neoliberalismus ist kein wirklicher Unterschied. Beides sind Strategien, um den Kapitalismus mit seinen Ungerechtigkeiten und seinen Widersprüchen zu retten. Der neue Wind kommt von den Millionen Menschen, denen es reicht; die in Griechenland und Spanien eine linke Alternative zur Kürzungspolitik wählen (wollen); die in Deutschland, Belgien und Norwegen gegen Kürzungen und für höhere Löhne streiken; die in Frankreich und Irland für sozialistische Politik eintreten. Das ist der Stoff, aus dem ein neues Europa und eine neue (Wirtschafts-)Politik gemacht ist.

Sonja Grusch



Marx aktuell

Bürgerliche Ökonominnen suchen nach Auswegen aus der Krise, um das Bestehen des Kapitalismus zu sichern. Die Ideen von John Maynard Keynes (1883-1946) werden oft als Wegweiser gepriesen. Der Kern des Keynesianismus: In regelmäßigen Abständen muss der Staat eingreifen, um Angebot und Nachfrage auszugleichen, er muss antizyklisch handeln, um die „Dellen“ der Krisen auszubeulen. Senkung der Arbeitslosigkeit und die damit verbundene Steigerung der Kaufkraft scheinen dabei zentral. Die zahlungsfähige Nachfrage muss gesteigert werden, damit die Wirtschaft wieder brummt. Dafür sind alle Mittel recht: staatliche Beschäftigungsprogramme, Anreize für Unternehmen, Ankurbelung der Kriegsproduktion etc. Keynesianismus wird oft als „links“ gesehen. Doch dieser Schein trügt. Und dabei lassen wir

Mit Keynes zum krisenfreien Kapitalismus?

seine Sympathien mit der „ausgeprägteren staatlichen Führung“ der Nazis im Dritten Reich im Hintergrund. Oder seine Befürwortung von Kriegsproduktion und folglich Krieg.

KeynesianerInnen ignorieren wesentliche Merkmale des Kapitalismus. So hat Keynes (auch Piketty) keinen wissenschaftlichen Begriff von Wert oder Kapital. Er ignoriert die Arbeitswerttheorie (die Lehre, das in einem Produkt so viel Wert steckt, wie menschliche Arbeit zur Herstellung nötig war), die schon bei Smith und Ricardo gefunden werden kann und von Marx vollendet wurde. Marx nennt das „Vulgärökonomie“. Ohne Werttheorie gelangen Keynes & Co nur zu oberflächlichen Betrachtungen von Waren und deren Austausch. Seine Lösungen liegen daher auch nicht im Produktionsprozess, sondern bleiben an der Oberfläche, im Tauschprozess; daher auch seine Fixierung auf Zins, Angebot und Nachfrage. Die Quelle der Ausbeutung, die Aneignung unbezahlt Arbeit („Mehrwert“), interessiert Keynes ebensowenig, wie der Lebensstandard der ArbeiterInnenklasse.

Diese unbezahlt Mehrarbeit der ArbeiterInnen muss als Profit realisiert werden, um Kapital zu vermehren. Die Ware muss verkauft werden. Weil alle so handeln müssen, kommt es zu Überproduktion. Um die Konkurrenz auszustecken, müssen KapitalistInnen durch den Einsatz von Maschinen mehr und effizienter produzieren. Dadurch untergraben sie jedoch die Quelle des Mehrwerts, den nur menschliche Arbeit schaffen kann. Sie haben somit ständig gegen den „tendenziellen Fall der Profitrate“ zu kämpfen.

Krisen sind in der „DNA“ des Kapitalismus angelegt: „In schneidenden Widersprüchen, Krisen, Krämpfen drückt sich die wachsende Unangemessenheit der produktiven Entwicklung der Gesellschaft zu ihren bisherigen Produktionsverhältnissen aus. Gewaltsame Vernichtung von Kapital, nicht durch ihm äußere Verhältnisse, sondern als Bedingung seiner Selbsterhaltung, ist die schlagendste Form, worin ihm der Rat gegeben wird, abzutreten und einer höheren Stufe der sozialen Produktion Platz zu machen.“ (Karl Marx, Grundrisse, S. 635f)

Krisen lassen sich überwinden – wenn die Wirtschaft demokratisch geplant wird. Ohne Privateigentum an Produktionsmitteln und Konkurrenz kann der Bedarf gesamtgesellschaftlich ermittelt und gedeckt werden. Technischer Fortschritt und Produktivitätssteigerungen können dann endlich im Interesse von Mensch und Umwelt genutzt werden.

Nikita Tarasov



„Sich den ganzen alten Dreck vom Halse zu schaffen“

100.000 Menschen versammelten sich am 15. Februar 2015 am Syntagma-Platz in Athen. Ihre Botschaft an die Syriza-Regierung war klar: „Keinen Schritt zurück!“ Es wirkt absurd: Gerade in einer Zeit, in der ehemalige ArbeiterInnenparteien zu neoliberalen Rammböcken werden und Linksparteien wie

den – also das Spiel der Herrschenden mitspielen.

Es stimmt, dass selbst beschränkte Reformen im heutigen krisengeschüttelten Kapitalismus schwieriger umzusetzen sind als z.B. in den 1960er Jahren. Selbst den bescheidensten Syriza-Forderungen bläst aus Brüssel der eisige Wind des Sparzwangs entgegen. Doch das bedeutet nicht,

von der Regierung das dafür benötigte Geld zu bekommen. Mit Erfolg!

Erfolgreiche Kämpfe um Reformen verbessern sowohl die materielle Ausgangssituation für weitere Kämpfe der ArbeiterInnenklasse als auch die Kampfmoral. Es waren die Erfolge der ArbeiterInnenbewegung in Frankreich in den 1960er Jahren, die in den

1.700€ brutto, Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden bei vollem Lohn- und Personalausgleich, eine echte soziale Wohnbauoffensive, Ausfinanzierung des Bildungssektors, kompletter Umstieg auf erneuerbare Energien, Verstaatlichung der Schlüsselbetriebe und Banken unter demokratischer Kontrolle von Belegschaft und Bevölkerung... Die Liste solcher notwendigen Schritte ist lang. In Zeiten wie diesen kratzen solche Reformen jedoch an den Systemgrenzen. In solchen Situationen ist die Aufgabe von SozialistInnen, auf allen Ebenen klarzumachen, dass die erkämpften Erfolge nur dann verteidigt werden können, wenn die Bewegung stärker und noch offensiver wird – also das System als Ganzes zu stürzen. Socialist-Alternative-Stadträtin Kshama Sawant bringt es auf den Punkt: „Wenn sich dieses System keine Löhne, von denen wir leben können, leisten kann, dann können wir uns dieses System nicht leisten!“

Wo ArbeiterInnen Chancen sehen zu kämpfen, sind sie auch bereit, dies zu tun. So fegte am 13.3.2015 ein Streik gegen Kürzungen durch den Öffentlichen Dienst Nordirlands, wo die Tradition gemeinsamer Kämpfe von ArbeiterInnen sich aus den Trümmern der religi-

Eine andere Politik ist möglich – aber nur, wenn sie sich auf eine andere, eine sozialistische Gesellschaft orientiert.

die LINKE in Deutschland sich immer mehr an die Mainstream-Politik anbiedern, häufen sich Proteste von ArbeiterInnen und Arbeitslosen gegen das Spardiktat ihrer Regierungen und der EU. Eine Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung stellte für den Zeitraum 2006–2013 einen weltweiten rasanten Anstieg sozialer Proteste fest – am häufigsten richteten sich die Proteste gegen Sparmaßnahmen und neoliberale Politik. Doch anstatt auf dieser Stimmung unter den Massen aufzubauen, bilden sich die Führungen von LINKE, Podemos und Co ein, sie müssten, je näher sie an die Macht kommen, „realistischer“ wer-

dass es deswegen unmöglich oder sinnlos wäre, für solche Verbesserungen innerhalb des Systems zu kämpfen. Es zeigt nur, dass solche Kämpfe heute mehr denn je mit einer revolutionären, systemüberwindenden Perspektive geführt werden müssen. In den 1980er Jahren weigerte sich die Stadtregierung von Liverpool unter Führung der Militant-Strömung (Vorgängerin der Socialist Party, Schwesterorganisation der SLP), das Spardiktat Thatchers umzusetzen. Stattdessen bauten sie Gemeindebauten, Parks und Schulen. Sie mobilisierten zehntausende Liverpoller ArbeiterInnen für ihren Kurs und organisierten sogar einen Generalstreik, um

revolutionären Ereignissen 1968 mündeten. Natürlich können in dem Zusammenhang auch reformistische Illusionen geschürt werden (Dies passiert auch ganz konkret durch z.B. Gewerkschaftsbürokratien, die kein Interesse an weitergehenden Kämpfen haben). Doch die erkämpften Verbesserungen werden, heute schneller denn je, unter heftigen Beschuss von Seiten des Kapitals kommen. So klagt z.B. McDonalds nun die Stadt Seattle, wo unter der Führung von Socialist Alternative (US-Schwesterorganisation der SLP) ein 15\$ Mindestlohn erkämpft wurde. Auch in Österreich ist es höchste Zeit für solche Schritte: Einen Mindestlohn von

önen Gewalt erhebt. In Österreich, wo diese Tradition durch SPÖ und ÖGB eher in künstlichen Tiefschlaf versetzt wurde, brodelt es schon lange im Sozial- und Gesundheitsbereich, v.a. Pflegepersonal in Linz und Salzburg ist nicht bereit, noch länger zu warten.

Ein wirklicher, grundlegender Wandel in Europa wird also nicht einfach durch die Installierung linksblinkender Regierungen durchgeführt werden, sondern durch eine Bewegung der Massen von ArbeiterInnen, Jugendlichen, Arbeitslosen und Armen, bewaffnet mit einem sozialistischen Programm und der Vision einer Gesellschaft, die auf allen Ebenen demokratisch organisiert wird, in der wir gemeinsam und nicht gegeneinander für menschliche Bedürfnisse und nicht für Profite produzieren. Aus diesem Grund hielten Marx und Engels bereits 1845 fest, dass „die Revolution nicht nur nötig ist, weil die herrschende Klasse auf keine andre Weise gestürzt werden kann, sondern auch, weil die stürzende Klasse nur in einer Revolution dahin kommen kann, sich den ganzen alten Dreck vom Halse zu schaffen und zu einer neuen Begründung der Gesellschaft befähigt zu werden.“

Sebastian Kugler

Die SLP wächst - Werde auch du aktiv!

Während die etablierten Parteien immer weniger Mitglieder und WählerInnen haben, wächst die SLP. Eine sozialistisches Programm und klare Forderungen einerseits, eine starke Präsenz auf den Straßen, viele Reden und Diskussionen, Tausende Flyer und starke, kämpferische Kampagnen andererseits - das macht zahlreiche Menschen auf die Sozialistische Linkspartei aufmerksam. Viele, die aktiv gegen Rassismus, Sexismus und Frauenunterdrückung, gegen den alltäglichen kapitalistischen Wahnsinn Widerstand leisten wollen, kommen zur SLP. Kevin, ein 15jähriger Mittelschüler demonstrierte gegen Maximilian Krauss (FPÖ) als Stadtschulrat und erfuhr von der SLP-Mobilisierung gegen das „Blaue Fest“ im 20. Bezirk. Seit kurzem ist er Mitglied und ist überzeugt davon, dass wir „viele Schritte in die richtige Richtung gehen.“ Der 20jährige Zivildiener Jens kam durch unsere Zeitung „VORWÄRTS“ mit der SLP in Kontakt. „Das in kurze, klare Sätze zusammengefasste Programm überzeugte mich völlig!“. Er ist überzeugt, dass es dringend Veränderung braucht: „Diese Veränderung kann keine der etablierten Parteien leisten!“

Stefan Gredler

Wir leben in bewegten Zeiten, Tag für Tag trüben sich die Nachrichten. Besonders Jugendlichen ist klar: es braucht echte Alternativen, und für diese gilt es zu kämpfen. Die 18jährige Dunja ist Lehrling in Linz und ist mit vollem Elan bei der SLP. Warum? „Die SLP ist meiner Meinung nach die revolutionäre Partei, in welcher jeder einen Platz findet und man zusammen Großes bewirken kann!“

Auch der arbeitslose Manuel (20) aus Traun will gegen soziale Ungerechtigkeiten kämpfen. „Nicht etwa durch Reformen, sondern indem man das aktuelle System bekämpft. Die etablierten Parteien versuchen nur den Kapitalismus zu reformieren, das bringt aber rein gar nichts.“ stellt er klar. Marcus, ein 17jähriger Wiener Schüler, wurde auf einer Demonstration der Refugee-Bewegung auf die SLP aufmerksam und entschloss sich aktiv zu werden. Er bringt es auf den Punkt: „Entweder entscheidet die Politik oder du entscheidest sie!“

Die SLP ist eine Partei wie keine andere - 0% Korruption und Privilegien - 100% Sozialismus und Aktivität. Wenn du gegen Kapitalismus und seinen Wahnsinn etwas tun willst - komm zur SLP!

Stefan Gredler



Die alte Neue Mittelschule

Kevin, Mittelschüler in Wien und SLP-Aktivist, erklärt, dass sich „seit der Einführung eigent-

Unterstützung für SchülerInnen. Stattdessen wird jenen, die sich Ausflüge nicht leisten kön-

würde, hat die Regierung in Banken oder Privatinstutute wie das Bifie gesteckt.

Eine gute Ausbildung für alle SchülerInnen kann es nur geben, wenn Kinder nicht mehr zwischen NMS und Gymnasien getrennt werden. Wenn genug LehrerInnen und sonstiges Personal vorhanden sind, um jedes Kind zu fördern und wenn nicht mehr Lehrpläne festlegen, was gelernt werden soll, sondern die SchülerInnen mitentscheiden können.

Das alles kann es aber nur geben, wenn SchülerInnen, LehrerInnen und Eltern sich organisieren und für bessere Bildung kämpfen.

Christoph Glanninger

Die Neue Mittelschule wurde von der SPÖ als große Reform dargestellt, doch viel ist nicht passiert.

lich kaum etwas geändert hat“. Es wurde individuelle und kreative Förderung versprochen, dazu Kevin nur: „Nein, so was gibt es bei uns eigentlich nicht“. Auch die Klassengrößen haben sich in seiner Schule nicht verändert. Es gibt nicht genug LehrerInnen, SozialarbeiterInnen, PsychologInnen oder finanzielle

nen, gesagt, „sie sollen halt krank sein“.

Das SPÖ-Projekt NMS ist kein Schritt in Richtung soziales, besseres Schulsystem, sondern nur ein neuer Anstrich für die Hauptschule. Die SPÖ hat sich längst vom Kampf für eine echte Gesamtschule verabschiedet. Das Geld, das in der NMS gebraucht

Wahlkampfschmäh Förderung 2.0?

Die Stadt Wien hat rechtzeitig vor den Wahlen ein Gratis-Nachhilfeangebot eingeführt. Organisiert wird das durch die VHS, einem SPÖ-nahen Verein; die BetreuerInnen sind mit freien Dienstverträgen nur geringfügig beschäftigt.

Jahrzehntelang ist der Bildungssektor durch (Stunden-)Kürzungen ausgehungert worden. Nachhilfe wird zur Norm: 2012 haben Eltern laut Arbeiterkammer 107 Millionen Euro für Nachhilfe

bezahlt. Nachhilfe ist Privatisierung der Ausbildungskosten. Wenn nun die Gemeinde Wien einen Teil dieser Kosten zahlt, ist das nur Symptombekämpfung. Eine echte Ganztags- und Gesamtschule mit gesenkten KlassenschülerInnen-Höchstzahlen muss her. Das geht nur mit mehr LehrerInnen und mehr Geld. Doch den Kampf hat die SPÖ längst aufgegeben, wie auch jenen nach echter Umverteilung.

Laura Rafetseder

Fundstück des Monats Sekt-Einführung bei Proletenpassion?

Ihre „Proletenpassion“ vorstellen. In insgesamt 60 Minuten wird die Geschichte der Klassenkämpfe erzählt, an deren vorläufigem Ende nicht unbedingt Friede steht.

Termin:
Donnerstag, 19. März 2015, 18:30 Uhr Sekt-Einführung und Theaterföhrung
(19:30 Uhr Vorstellungsbeginn)

Auch in der Neuauflage der „Proletenpassion“ wird die Geschichte des Kampfes der Unterdrückten erzählt. Schön, dass der ÖGB dieses kämpferische linke Stück bewirbt, zu dessen Bühnenbild auch die SLP beigetragen hat. Eine Sekt-Einführung ist aber das Letzte, was die besungenen und heutigen KämpferInnen vom ÖGB brauchen.





Streik der Bergleute schockt Polen

Seit der Restauration des Kapitalismus 1989 ging die Beschäftigung im Bergbau sektor von 390.000 auf 100.000 zurück. Die größte Zahl – mehr als 100.000 – war zwischen 1998–2002 entlassen worden. Die Bergleute mussten sich ständig gegen Angriffe auf ihre Jobs und sozialen Er-

den Markt. Die BergarbeiterInnen in Brzeszcze besetzten ihre Mine. Die Besetzung weitete sich rasch auf andere Minen aus. Weibliche Beschäftigte besetzten oberirdische Gebäude der Kompania Weglowa und organisierten tägliche Demonstrationen. Eine nie dagewese-

ning um. Die Gewerkschaftsbürokratie drohte die Kontrolle zu verlieren. Am 17.1. unterzeichnete sie einen Deal mit der Regierung. Am Papier sollte keine Mine geschlossen werden, aber die Einigung beinhaltete die Aufteilung und einen Teil-Verkauf der Minen. Das ebnet den

Polizei Tränengas, Wasserwerfer und Gummigeschosse ein und verletzte 20 Menschen. Das Gericht verurteilte den Streik als illegal. Wieder gab es einen faulen Deal: Die entlassenen AktivistInnen wurden wieder eingestellt und der verhasste Präsident des Betriebs musste zurücktreten. Aber Gewerkschaftsspitzen hatten Lohnkürzungen und einer Arbeitszeitverlängerung zugestimmt. Viele fühlten sich betrogen. Der Streik bei Kompania Weglowa dauerte zehn Tage, der bei JSW von 28.1. bis 15.2..

Beide „Einigungen“ lösen nicht die Probleme der polnischen Bergbauindustrie. Ein weiterer Ausbruch ist nur eine Frage der Zeit. Beschäftigte der Post, EisenbahnerInnen, KrankenpflegerInnen und andere wurden radikaliert und drohen nun auch mit Streiks.

Alternatywa Socjalistyczna (CWI in Polen) hat die Streiks und Proteste mit aller Kraft unterstützt. Wir verteilten Flugblätter bei verschiedenen Betrieben in mehreren Städten. Viele ArbeiterInnen unterstützen die Streiks und sagten, es brauche ähnliche Aktionen in ih-

Zu Beginn des Jahres 2015 wurde Polen von zwei Streiks der Bergleute erschüttert.

rungenschaften („Privilegien“) sowie gegen Privatisierung wehren. Die Bergleute, konzentriert in der Industrieregion Oberschlesien, gelten als die bestorganisierten Schichten der ArbeiterInnenklasse. Sie sind für ihre Unterstützung von sozialen Protesten (inklusive Frauen- und LGBT-Demonstrationen) bekannt.

Am 7.1. kündigte die Regierung an, das größte Kohleunternehmen (Kompania Weglowa) zu sanieren, das zu diesem Zeitpunkt mehrheitlich noch im Staatsbesitz war. Es beschäftigt mehr als 50.000 ArbeiterInnen. Der Plan beinhaltete die Schließung von vier Minen, Abbau von 5.000 ArbeiterInnen, und Öffnung des Unternehmens für

ne Solidaritätswelle ging durch die Bevölkerung. Die Bevölkerung verstand, dass der Plan der Regierung Massenarbeitslosigkeit und Massenarmut bedeuten würde. Die Demos umfassten tausende Menschen. Die Polizei wagte nicht, zu intervenieren. In Umfragen unterstützen 68% die BergarbeiterInnen. Beschäftigte anderer Sektoren nahmen an den Demonstrationen teil. EisenbahnerInnen halfen bei Schienenspuren in Katowice.

Am 20.1. sollten sich GewerkschaftsvertreterInnen verschiedener Industrien treffen, um über eine Ausdehnung des Protestes zu entscheiden. Das Ge-

Weg zur Privatisierung. Bis 2020 sollen 10.000 Jobs gekürzt werden. Nun kündigten die Beschäftigten einer der Minen eine weitere Demonstration an.

Auch im zweitgrößten Bergbauunternehmen JSW, das zu 55% im Staatsbesitz ist und mehr als 26.000 Menschen beschäftigt, ist die Stimmung explosiv. Der Streik paralysierte alle sechs Minen. Der Grund waren Angriffe auf Löhne und Arbeitsbedingungen. Auslöser war aber die Entlassung von neun GewerkschafterInnen für Solidaritätsaktionen mit den Protesten bei der Kompania Weglowa. Diesmal war der Staatsapparat repressiver. Während einer Demo setzte die

ren Betrieben. Als wir bei den Stahlwerken in Warschau Flugblätter verteilten, haben ArbeiterInnen ihre Gewerkschaftsfahne geschwungen, um ihre Solidarität zu zeigen. Unsere Forderungen lauten: „Nein zum ‚Reformplan‘ der Regierung für den Bergbau sektor. Für die Vorbereitung eines regionalen Generalstreiks und Aufbau von Druck für einen Generalstreik im ganzen Land. Verstaatlichung der Minen, des Bergbau- und Energiesektors unter ArbeiterInnenkontrolle und -verwaltung. Für demokratisch gewählte Streikkomitees in den Betrieben – Entscheidungen wie Beendigung oder Weiterführung des Streiks müssen von den ArbeiterInnen selbst getroffen werden. Öffnung der Firmenbücher der Minen und Prüfung der Profite der Energiebetriebe. Für demokratische Kontrolle über Energiepreise. Für einen demokratischen sozialistischen Plan der Wirtschaft, der nachhaltige Energietechnologien fördert und die Jobs der betroffenen ArbeiterInnen garantiert.“

Paul Newbury & Wojciech Orowiecki, Alternatywa Socjalistyczna
<http://wladzarobotnicza.pl>

Umfallen auf griechisch

Am 15. Februar versammeln sich in Athen über 100.000 Menschen zur Unterstützung der neuen Regierung und ihres Anti-Kürzungsprogrammes. In ganz Griechenland gehen ArbeitnehmerInnen, Arbeitslose und Jugendliche auf die Straße, es ist die größte allgemeine Bewegung seit drei Jahren. Die FaschistInnen der „Chrysí Avgí“ (Goldene Morgenröte) sind in der Defensive: 60% ihrer WählerInnen geben an, das Programm von Syriza zu unterstützen. Es beinhaltet u.a. die Anhebung des Mindestlohns auf Vorkrisenniveau, die Wiedereinstellung entlassener LehrerInnen und öffentlich Bediensteter und die Abschaffung von Krankenhaus- und Rezeptgebühren.

Fünf Tage später einigt sich Syriza mit der EU – und fällt komplett um. Keine ihrer Forderungen wird umgesetzt. Abgesehen von kosmetischen Änderungen (EU, EZB und IWF heißen nun „die Institutionen“ statt „Troika“) bleibt alles beim Alten. Die neue Regierung hat bewiesen, dass das Spar-Diktat der EU am Verhandlungstisch nicht zu brechen ist. Das kann zur Radikalisierung und einem Bruch mit der kapitalistischen Logik von Teilen der Linken führen, birgt aber auch Gefahren.

Syriza wird künftig auch als Kürzungspartei gese-

Flo Klabacher

hen. Gelingt es der Linken nicht, eine Alternative zum Sozialabbau zu entwickeln, können faschistische Gruppen davon profitieren.

Syriza selbst hat eine Rechtsentwicklung durchgemacht. Aber an der Basis sind viele Linke aktiv. Ein Drittel ihrer Abgeordneten lehnte bei einer internen Abstimmung den Deal mit der EU ab. Neue Protestbewegungen werden Druck machen, Kürzungen zurückzunehmen und neue Sparmaßnahmen zu verhindern. Die EU wird alles tun, um Verschlechterungen durchzusetzen und mit dem Rauswurf aus der Euro-Zone drohen. Die Regierung steht dazwischen und wird von diesen Polen mal nach links, mal nach rechts gedrückt werden. Notwendig ist ein radikale linke Kraft, die Verbesserungen unterstützt, aber gegen die kommenden Angriffe mobilisiert.

Die „Initiative der 1000“ ist ein Schritt in diese Richtung. Initiiert von Xekinima (CWI in Griechenland) dient sie als Plattform, um die Spaltung der Linken zu überwinden und die fortschrittlichsten Teile aller Organisationen (Syriza, KKE, Antarsya,...) für den Aufbau einer revolutionären Partei zu gewinnen. Alerta, GenossInnen!

Flo Klabacher



Die Ukraine am ökonomischen Abgrund

Nicht nur der Krieg in der Ostukraine mit vorläufig 6.000 Toten setzt dem Land

1992–95!), wird auch von Inflation heimgesucht: Seit Kriegsausbruch sank der

Krieg & Krise treiben die Ukraine in die soziale Katastrophe.

schwer zu. Auch die Wirtschaft steht vor dem Zusammenbruch. In dem bettelarmen Land mit einem Mindesteinkommen von ca. 40€/Monat schrumpfte die Wirtschaft 2014 um 7,5%, dieses Jahr soll es weitere 6–8% nach unten gehen. Die Ukraine, die schon unter der Wiedereinführung des Kapitalismus ab 1990 besonders gelitten hat (60% Wirtschaftsschrumpfung allein

Wert der Hryvnia um ca. 2/3. Verschlimmert wird die Entwicklung durch das Spardiktat, das die Ukraine auf Befehl der EU erfüllen muss, um Kredite zu bekommen, ohne die der Staatsbankrott unabwendbar ist. So müssen auf Wunsch Brüssels die Subventionen für Energie und Gas gestrichen werden. Ab diesem Frühjahr steigen die Strom- und Gaspreise (+40% bzw. +280%). Ärme-

re UkrainerInnen werden im nächsten Winter nicht mehr heizen können. Unter russischem „Schutz“ ginge es dem Land kaum besser. Das gilt auch für Krim bzw. Donbass. Denn die soziale Misere in Russland ist ebenfalls groß, Arbeitsrechte werden mit Füßen getreten. Zusätzlich bedeutet der Krieg auch gestiegenen Militärausgaben und den Verlust der wichtigsten Industrieregion im Donbass. Nur wenn es tatsächlichen Frieden in der (Ost-)Ukraine gibt und die ukrainische ArbeiterInnenbewegung zu Kräften kommt, wird ein erfolgreicher Kampf gegen diese Entwicklungen möglich sein.

Fabian Lehr

Nachrichten aus dem Komitee für eine ArbeiterInnenInternationale (CWI)

Irland: 8.3. Frauenkampftag

Das **CWI** (internationale Organisation der SLP) organisierte am internationalen Frauenkampftag überall auf der Welt Proteste gegen Frauenunterdrückung und Kürzungen. In Irland hielt die von der Socialist Party (CWI in Irland) initiierte Kampagne ROSA eine Demonstration ab. Unter anderem wurde für das Frauenrecht auf Abtreibung und ökonomische Gleichstellung der Frau protestiert. Ruth Coppin-

ger, Abgeordnete der Socialist Party, sprach auf der Demo: „Es wird in den Medien so dargestellt, als müssten wir es den paar erfolgreichen Frauen in den Chefetagen nur nachmachen, um uns zu emanzipieren; aber dieses Bild darf uns nicht vor der Realität blenden, in der die Mehrheit der Frauen auf diesem Planeten unter Armut, Gewalt und Unterdrückung leiden.“

www.socialistparty.ie

Indien: Für leistbare Öffis

Seit über einem Monat organisiert die New Socialist Alternative (CWI in Indien) in der Stadt Pune eine Kampagne gegen die Erhöhung der Ticketpreise für öffentliche Verkehrsmittel. Eine Erhöhung um 50% würde viele ArbeiterInnen hart treffen. In den letzten Jahren wurde der öffentliche Verkehr in Pune systematisch unterfinanziert, um es jetzt so ausschauen zu lassen, als müsse er privatisiert werden. Der Fo-

kus der Kampagne lag auf der Notwendigkeit, dass öffentlicher Verkehr nicht profitorientiert sein darf und öffentliches Eigentum werden muss. Am 21. Februar fand eine Protestkundgebung als vorläufiger Höhepunkt der Kampagne statt. Davor wurden bereits hunderte Unterschriften in Gesprächen mit über 1.000 PassantInnen gesammelt. Weitere Proteste sind geplant.

www.socialism.in

50.000 vs. Putin

Anfang März fand in Moskau eine Massendemonstration anlässlich der Ermordung des Oppositionellen Nemtsov statt, die viele nutzen, um gegen Putins Politik zu protestieren. Das CWI konnte über 4.000 Flyer verteilen und warnte: „Heute haben sie Nemtsov getötet, morgen werden es ArbeiterInnen und SchülerInnen sein“. Die Bewegung müsse des Weiteren soziale Forderungen in den Vordergrund stellen.

www.socialistworld.ru



70 Jahre Ende des 2. Weltkriegs: Nie wieder Faschismus!

*Der Krieg ist aus, wir gehen nach Hause –
labimmel, labammel, labumm...*

Mit 8. Mai war der 2. Weltkrieg in Europa zu Ende. Bis heute wird der Nationalsozialismus oft als Werk eines einzelnen Verrückten dargestellt. Doch auch nach Hitlers Tod führte die deutsche Militärkaste sinnlose Verteidigungskämpfe und hoffte auf einen Separatfrieden mit den Westalliierten, um im Osten gemeinsam weiterkämpfen zu können; angesichts des glühenden Antikommunisten Churchill („Wir haben das falsche Schwein geschlachtet“) nicht so abwegig, wie es heute scheinen mag.

Sind im 2. Weltkrieg Nationalsozialismus bzw. Faschismus bekämpft worden? Italien und Deutschland hatten faschistische Regime. Portugal und Spanien auch, gegen die aber nicht gekämpft wurde. In Österreich konnte sich die austrofaschistische Vaterländische Front als ÖVP neu gründen. In Italien gab es eine Amnestie und die faschistische Partei bestand legal weiter. Zum Jahrestag werden sich USA und Alliierte wieder rühmen, Europa vom Joch des Faschismus befreit zu haben. Doch bestanden nach 1945 noch faschistische Regime.

Und als Befreier kamen die Alliierten auch nicht. Schon ihre Kriegsführung

ging nie davon aus, Teile der deutschen Bevölkerung zu gewinnen. Im Gegenteil wurde der Krieg hauptsächlich gegen sie geführt. Der Bombenkrieg gegen die Großstädte verursachte Elend und Leid in der Zivilbevölkerung, ohne den Widerstand zu unterstützen. Ganz im Gegenteil: Die deutsche Propaganda konnte ihn ausschlachten. Trotzdem wurde er weitergeführt, während die Industrie großteils verschont blieb.

Die militärische Niederlage Deutschlands war absehbar und in ähnlicher Situation war der italienische Faschismus durch eine soziale Bewegung gestürzt worden. Seither mussten sich die Alliierten mit den „Begehrlichkeiten“ und sozialistischen Plänen der italienischen PartisanInnen herumschlagen. Das zu verhindern war erklärtes Ziel, auch der Sowjetunion. Stalin wollte zwar seinen Einflussbereich vergrößern; er hatte aber, wie alle Alliierten, kein Interesse an unkontrollierbaren Volksaufständen und sozialistischen Revolutionen. Deshalb musste auch die Zivilbevölkerung niedergerungen werden.

Der 2. Weltkrieg wie auch der Erste waren v.a. Kriege

um Einflussgebiete, Rohstoffe und Absatzmärkte. Es war kein Krieg unterschiedlicher Ideologien, oder Demokratie gegen Diktatur. Die Alliierten hatten sofort unmittelbar nach 1945 kein Problem damit, sich in den Kolonien als Quasi-Diktaturen einzusetzen bzw. ihnen getreue Diktatoren zu unterstützen.

Die ersten Opfer des Faschismus waren die normalen deutschen Frauen, Männer, Kinder. Ihre Löhne, ihr Lebensstandard, ihre Gewerkschaften und ArbeiterInnen-Parteien wurden verboten und ihre Vertreter- und KämpferInnen verfolgt und ermordet. Dagegen profitierten die deutschen Konzerne und Eliten von Nationalsozialismus und Krieg. Hitler verschaffte ihnen immense Profite und „befreite“ sie von den für sie lästigen Gewerkschaften und der ArbeiterInnen-Bewegung.

Der Zusammenhang zwischen Aufstieg des Faschismus und maßgeblichen Teilen der Wirtschaft ist bekannt. Selbst die CDU sah sich 1945 genötigt, sich antikapitalistisch zu geben. Das zeigt, wie stark das Bewusstsein von der Schuld des Kapitalismus an der Katastrophe des 2. Weltkriegs

war. Das spiegelt auch die Buchwald-Erklärung der Internationalistischen Kommunisten wider. Diese KZ-Häftlinge verfassten am 20. April eine Erklärung über die Ursachen und v.a. Lehren des 2. Weltkriegs und des Faschismus. Sie prangerten die deutsche Wirtschaft als Hauptprofiteur an. Daher lautete auch eine ihrer Forderungen: „Keinen Mann, keinen Pfennig für die Kriegs- und Reparationsschulden der Bourgeoisie! Die Bourgeoisie muss zahlen!“.

Damit stellt sich die auch heute aktuelle Frage, wie der Faschismus bekämpft hätte werden können. Während in Spanien und Österreich die Errichtung von faschistischen Regimes bekämpft wurde, konnte Hitler die Macht ohne Gegenwehr von der deutschen Industrie und Großgrundbesitz übergeben werden. Die Schuld daran

trägt die sektiererische Politik der beiden Großparteien der ArbeiterInnenbewegung – SPD und KPD. Anstatt eine Einheitsfront zu bilden, bekämpften sie sich. 1920 putschten rechte Militärs gegen die junge Republik in Deutschland. Die ArbeiterInnen-Bewegung war auch damals in unterschiedliche Parteien

und Strömungen gespalten. Trotzdem gelang es, den Putsch in einem einheitlichen, kräftigen Schlag mittels Generalstreik und sozialer Bewegung zu zerschlagen. Dazu waren aber 1933 die Führungen von SPD und KPD nicht bereit.

Wie der Faschismus wirklich und dauerhaft geschlagen werden könnte, zeigte der Spanische BürgerInnen-Krieg gegen den faschistischen Franco-Putsch. Großgrundbesitz und Wirtschaft wurden enteignet und gemeinsam demokratisch verwaltet und betrieben. Faschisten und das rechte Militär wurden durch demokratische Milizen binnen weniger Tage aus den Gebieten vertrieben. Erst als die soziale Revolution zu Gunsten der bürgerlichen Volksfrontregierung rückgängig gemacht wurde, brach das auch der antifaschistischen Bewegung das Genick.

Diese Lehre findet sich auch in der Buchenwalderklärung. Darin wird die sofortige Enteignung der Banken, Schwerindustrie und Großgrundbesitz gefordert. Dass es letztlich nicht so gekommen ist, lag weniger an den Menschen in Europa, sondern den Parteien, die sie betrogen haben.

Albert Kropf

Harald Mahrer (1974-2015)



Am 20. März 2015 ist unser langjähriger Genosse und Freund, Harald Mahrer, nach langer und schwerer Krankheit verstorben. Harry ist im Rahmen unserer antifaschistischen Arbeit 1992 zu uns gestoßen und spielte eine wichtige Rolle beim Aufbau des Antifaschistischen Komitees (in dessen Leitungsgremium, dem Sprecherrat, er auch saß) und später bei Jugend gegen Rassismus in Europa (JRE). Auf Demonstrationen, bei Referaten und in Diskussionen hat er sich mit rechten Netzwerken und dem Kampf dagegen aktuell und historisch beschäftigt. Sein erster Artikel im „Vorwärts“, Nr. 35 (1992), widmete sich dem Sozialabbau und dem notwendigen Kampf dagegen. Ein Thema, das ihn auch im Berufsleben nicht mehr losließ. Trotz massiver Anfeindungen der Geschäftsführung baute er einen Betriebsrat auf und

vertrat in Folge die KollegInnen in der schwierigen Situation eines Konkurses. Obwohl wir von seiner schweren Krankheit wussten, sind wir von seinem plötzlichen Tod tief betroffen.

Harry, du warst ein aktiver, kritischer und aufrechter Genosse und wir danken dir für deinen Beitrag beim Aufbau der SLP bzw. ihrer Vorgängerorganisation SOV in Ortsgruppen, Bundesvorstand und Bundesleitung. Wie wahrscheinlich niemand sonst hast du auch das Bild der Partei nach außen geprägt, warst du doch die treibende Kraft und ver-

antwortlich für die praktische Umsetzung des Auftritts der SLP. Über Jahrzehnte hinweg waren so gut wie alle Broschüren, Logos, Wahlplakate und das professionelle Erscheinungsbild von „VORWÄRTS“ dein Werk.

Du warst ein echter Internationalist, aufmerksam und solidarisch. Die Entwicklungen in Lateinamerika und in den letzten Jahren die Entwicklungen der „Arabischen Revolution“ haben dich motiviert und gefesselt. Wir erinnern uns an deine glühenden Worte auf der SLP-Konferenz 2014. Du hast direkt nach einem Vertreter der Flüchtlingsbewegung gesprochen, was dich besonders gefreut hat. Du hast bis zuletzt nicht aufgegeben, sondern gekämpft – gegen deine Krankheit und auch als Sozialist. Wir werden dich sehr vermissen.

Die SLP-Treffpunkte

GMUNDEN

SLP-Ortsgruppe
jeweils Freitag, 18⁰⁰ Uhr
im 'Wiener Café'
Esplanade Gmunden

NIEDERÖST. & TIROL

unregelmäßige Treffen
Infos per E-Mail slp@slp.at

WIEN

SLP Wien-West
jeweils Montag, 18³⁰ Uhr
Buchhandlung 'Libreria Utopia'
15., Preysinggasse 26-28
(Nähe U3 Schweglerstraße)

SLP Brigittenau-West
jeweils Donnerstag, 18³⁰ Uhr
in der 'Bäckerei Sesam'
20., Wallensteinstr. / Treustraße
(Nähe U4 Friedensbrücke)

SLP Brigittenau-Ost
jeweils Dienstag, 18³⁰ Uhr
in der 'Pizzeria Delfino'
20., Engerthstraße 92
(Nähe U6 Handelskai)



Zahlreiche
Termine und
Veranstaltungshinweise
auf www.slp.at

Andere über uns



PATRIOTISMUS ALS CHANCE ODER GIFT?

Pegida und FPÖ stellen sich gern als „wahre“ Patrioten dar. Oder sind die Linken, wie Stefan Klinersberger in der Dezemberausgabe schreibt, die „echten“ Patrioten? Tatsächlich steht er hier in einer Linie mit den sozialdemokratischen Kriegstreibern, die eben diesem Argument des Patriotismus die ArbeiterInnen 1914 in einen Burgfrieden und einen blutigen Weltkrieg herzten. Eine Klärung aus marxistischer Sicht von Fabian Lehr und Sebastian Kugler

Die Zeitung der Salzburger ÖH „uni:press“ bat SLP-Aktivisten Fabian Lehr und Sebastian Kugler um einen Beitrag. Sie konterten dem zuvor in der Zeitung von stalinistischer Seite gebrachten Argument, die österreichische Linke könnte und sollte „den Patriotismus zurückerobern“ mit einer marxistischen Analyse. Nachzulesen gibt es den Artikel online unter: http://issuu.com/unipress/docs/_up_versionweb

VORWÄRTS

Die sozialistische Zeitung seit 1983

seit September 2011:

Neues, handliches Format

Neues, modernes Design

Mehr Berichte & Analysen aus sozialistischer Sicht

Jahres-Abo (10 Ausgaben)

€ 24,- **Normal-Abo**

€ 14,- **Sozial-Abo** für Menschen ohne eigenem Einkommen ab € 7,-/Monat: **Alles Inklusive Abo** (alle Publikationen der SLP)



VORWÄRTS Jetzt abonnieren: www.slp.at

Abo-Zahlungen & Spenden: IBAN: AT256000000000 8812733
BIC: OPSKATWW



ÖÖ: Intensive Kampagne gegen Rechts

Mehr auf Seite 5

Rechte Gewalt stoppen!

11.4. Demo in Linz: Gemeinsam gegen rechte Gewalt, gemeinsam für Jobs, Bildung und Wohnungen!

Immer häufiger werden linke AktivistInnen und MigrantInnen Opfer von rechtsextremer Gewalt. Gerade seit die rassistischen Pegida-Demonstrationen auch in Österreich stattfinden, hört man immer häufiger von Übergriffen durch Rechtsextreme und Neo-Nazis. Drohungen, aber auch von gebrochenen Nasen, Schädelprellungen, Jochbeinbrüchen - die Liste der Verletzungen nach Nazi-Übergriffen ist lang. Offizielle Statistiken gibt es dazu keine, auch die Medien schweigen sich aus.

Die Stärke der FPÖ tut ein Übriges - wenn die blauen Hetzer stärker werden, nimmt auch die braune Gewalt zu.

Auf Staat und Justiz ist kein Verlass im Kampf gegen die rechte Gewalt, sie verhamlosen sie sogar: Im österreichischen Verfassungsschutzbericht scheinen Gewalttaten mit rechtsextremer Motivation nicht gesondert auf, sondern werden in die Kategorie „Sonstige Delikte“ eingestuft. Der Staat schürt selbst Rassismus, und die Polizei prügelt lie-

ber auf linke DemonstrantInnen ein, als gegen Nazis einzuschreiten. Sozialabbau, Korruption und die wachsende Arbeitslosigkeit sind der Boden, auf dem die rechten Hetzer ihre Propaganda betreiben können. Wir bekämpfen daher beides und fordern Jobs und Ausbildungsplätze, höhere Löhne und niedrigere Mieten! Dies sind nur einige Gründe, um am Samstag den 11. April in Linz gemeinsam gegen rechtsextreme Gewalt auf die Straße zu gehen.

Dominik Unter



Linz, Sa., 11. April

- Schluss mit Arbeitslosigkeit, Lohnkürzung & Schikanen gegen Arbeitslose. Mindestlohn & Mindestpension von 1.700 € Brutto & Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche - d.h. Verteilung der vorhandenen Arbeit auf Alle bei vollem Lohn. Unbefristetes Arbeitslosengeld und Pension dürfen nicht unter dem Mindestlohn liegen.
- Kapitalismus bringt immer wieder Krisen! Statt Subventionen und Rettungen aus unseren Steuern für Banken & Konzerne wollen wir ein öffentliches Investitionsprogramm bei Gesundheit, Bildung, Wohnen, Umwelt & Verkehr.
- Der Kampf für Frauenrechte ist für uns Teil des Kampfes für eine sozialistische Gesellschaft! Für eine gerechte Entlohnung und Verteilung der bezahlten und unbezahlten Arbeit! Flächendeckende kostenlose Betreuung von Kindern und Pflegebedürftigen durch bezahlte Fachkräfte. Schluss mit Sexismus und Gewalt gegen Frauen!
- Wir mobilisieren gegen die Angriffe der radikalen Abtreibungsgegner auf das Selbstbestimmungsrecht von Frauen! Möglichkeit auf kostenlosen Schwangerschaftsabbruch in öffentlichen Spitäler in allen Bundesländern.
- Schluss mit rassistischen Gesetzen und Abschiebungen! MigrantInnen sind nicht die Ursache für soziale Probleme. Gemeinsamer Kampf von ÖsterreicherInnen und MigrantInnen für die volle rechtliche, politische und soziale Gleichstellung aller hier lebenden Menschen.
- Die Jugend braucht eine Zukunft. Statt Kürzungen und Privatisierung mehr Geld für Bildung, die sich nicht an den Interessen der Wirtschaft orientiert, sondern kritische und selbständige Menschen zum Ziel hat. Garantierte Lehrstellen & Jobs, von denen man leben kann, leistbare Wohnungen und Freizeiteinrichtungen ohne Konsumzwang.
- Schluss mit der Diskriminierung, Stigmatisierung und Behinderung von Menschen mit besonderen Bedürfnissen. Für das Recht auf Selbstorganisierung und Selbstbestimmung.
- Volle Gleichberechtigung für Schwule, Lesben, Transgenderpersonen & Bisexuelle
- Nein zu polizeistaatlichen Methoden und privaten Sicherheitsdiensten, die nur die Interessen des Kapitals schützen. Statt auf Überwachungsstaat und Aufrüstung setzen wir auf soziale Sicherheit.
- Sozialpartnerschaft bedeutet besonders heute Verschlechterungen. Statt Privilegien und Bürokratie im ÖGB für kämpferische und demokratische Gewerkschaften.
- Faschistische und rechtsextreme Organisation wie Burschenschaften & auch die FPÖ sind eine reale Bedrohung für MigrantInnen, GewerkschafterInnen & Linke. Dagegen braucht es entschlossenen Widerstand und den Aufbau einer politischen Alternative!
- SPÖ und Grüne sind diese Alternative nicht. Sie können die rechte Gefahr nicht stoppen. Wir wollen keine StellvertreterInnenpolitik, sondern wir brauchen eine neue starke,

kämpferische sozialistische Partei für ArbeiterInnen, Arbeitslose & Jugendliche, deren VertreterInnen keine Privilegien haben.

- Hunger, Krieg, Umweltzerstörung, Armut & Verschuldung sind die Folge neokolonialer Politik im Interesse von Konzernen. Keine Zusammenarbeit oder Mitgliedschaft in imperialistischen Militärbündnissen. Nur internationale Solidarität & Zusammenarbeit der ArbeiterInnenbewegung kann Frieden und ein menschenwürdiges Leben für Alle schaffen.
- Keine Privatisierung der Gewinne und Verstaatlichung der Verluste. Es reicht nicht, die Finanzmärkte zu regulieren und internationale Institutionen wie EU, IWF & Weltbank zu reformieren. Wir brauchen eine echte Alternative zum Kapitalismus. Darum sind wir für die Überführung der Banken & Konzerne in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle & Verwaltung der Beschäftigten & der Gesellschaft.
- Kapitalismus bedeutet Umweltzerstörung und Chaos. Nachhaltigkeit und Wohlstand durch eine demokratisch geplante Wirtschaft, die von gesellschaftlichen Bedürfnissen und nicht von Aktienkursen & Profiten bestimmt wird.
- Eine revolutionäre Veränderung ist notwendig. Lediglich Reformen führen zu keinen grundlegenden Verbesserungen. Die ArbeiterInnenbewegung & die Jugend sind Kräfte, die den Bruch mit dem Kapitalismus & eine demokratische, sozialistische Gesellschaft erkämpfen können.